

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Zittau

Seitungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 900.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8spaltige Reklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzig., Stellen- u. Mitteilungs 40 Proq. Rabatt. Für Dreimonatsfrist 150 M.

Nr. 86

Dresden, Freitag den 13. April 1923

34. Jahrg.

## Die Stunde drängt!

Die Zeit für Verhandlungen über Reparationsproblem, Ruhrkonflikt und „Sicherheitsfrage“ ist herangerommen. Die französischen Machthaber lassen durch ihr reges Tun deutlich erkennen, daß sie nach einem Wege suchen, der zu einer Uebereinkunft mit ihren Verbündeten: England, Italien, Belgien, führt. Ist diese Uebereinkunft in den wichtigsten Fragen grundsätzlich erzielt, so ist das ganze Problem des deutschen Westens auch schon entschieden — und die deutsche Regierung wird dann vor vollendeten Tatsachen stehen, die sie weder beeinflussen noch abmildern, noch aufheben kann. Deshalb müssen wir jetzt ununterbrochen die Forderung wiederholen, daß die Regierung Cuno schleunigst durch ein bestimmtes Reparations- und Sicherheitsgewährungsprogramm aktiv in den Gang der Dinge eingreift und dadurch die Verhandlungen unausweichlich macht. Es ist höchste Zeit. Heute Freitag verhandelt Poincaré mit den belgischen Ministern in Paris. Am Sonntag wird er in Brüssel eine Rede halten, in der er die stärkste Beeinflussung der Dinge und der Welt betreiben wird. Nachdem Loucheur in London mit den englischen Machthabern verhandelt hat, ist nun auch der frühere französische Finanzminister Alog in London eingetroffen, hat „inoffiziell“ mit englischen Staatsmännern konferiert und jetzt damit die Verständigungsbefürwortung fort. Die Pariser Regierungspresse deutet bereits an, daß die englische Regierung dahin bereit ist, der „Hauptforderung“ zuzustimmen. Diese Hauptforderung Frankreichs ist jetzt die Aufrechterhaltung der Besetzung des Industriegebietes bis zur völligen Bezahlung der Reparationslasten durch Deutschland. Man glaube in Paris, England werde dieser Forderung der Festhaltung von Pfändern jetzt geneigt sein. Wie weit das „Industriegebiet“ gefaßt werden sollte, läßt man dahingestellt, um England Vorschläge zur Einschränkung machen zu lassen. Gleichviel, ob das alles zutrifft, oder nur agitatorische Rede ist, so steht doch fest, daß die französischen Machthaber jetzt erfolgreich an der Schaffung der Wiederherstellung einer geschlossenen Alliertentruppe arbeiten. Wenn die deutsche Regierung jetzt nicht eingreift und ihr Programm und ihren Willen darlegt, so wird das zum schwersten Schaden des deutschen Volkes ausschlagen.

Berliner Meldungen besagen, daß der Reichszentraler gestern mit den Führern der „Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien“ verhandelt und sich die volle Uebereinkunft mit Deutscher Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerischer Volkspartei ergeben habe. Ueber die Verhandlungen mit den anderen Parteien, vor allem den Sozialdemokraten, ist noch nichts bekannt. Offizielle Quellen erzählen, daß an den Verhandlungen der ausländischen Presse, die Regierung habe ein neues Reparationsprogramm ausgearbeitet, fast alles falsch sei. Die Regierung würde höchstens in der nächsten Woche, vielleicht am Dienstag, durch eine Rede des Außenministers v. Klotzberg Ausführungen bei Beratungen des auswärtigen Staats machen, die auf die Sachlage Bezug hätten. Es scheint also, daß die Regierung Cuno weiter passiv bleiben und den richtigen Zeitpunkt des erfolgreichen Eingreifens verpassen will. Es muß noch einmal mit allem Nachdruck betont werden, daß es jetzt die deutsche

Regierung in der Hand hätte, den Weg zu Verhandlungen zwingend zu machen und zugleich auch sachlich auf die Gestaltung der Dinge und der zukünftigen Regelung den größten Einfluß zu gewinnen. Für ihr Säumen wird sie das deutsche schaffende Volk zur Verantwortung ziehen!

## Der Augenblick zur Initiative

Einmütige Forderung der Sozialdemokratie

Berlin, 13. April. (Eig. Drahtm.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstagabend in einer fast fünfständigen Sitzung, die nach 11 Uhr zu Ende ging, mit der außerordentlichen Lage. Troßdem die Fraktionsbesprechungen streng vertraulich sind, glaubt die bürgerliche Presse, über sie berichten zu können. Die Berichte sind deshalb auch danach. So behauptet z. B. der Lokalanzeiger, daß der Flügel innerhalb der Sozialdemokratie, der von der Regierung mehr Aktivität verlangt, von Breitscheid geführt wird, während ein großer Teil der Fraktion, und das sollen insbesondere die alten Rechtssozialisten sein, der Ansicht sei, daß die Regierung keine andre Politik verfolgen könne als die, die sie bisher getrieben habe. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Weder führt Breitscheid einen Flügel, der mehr Aktivität verlangt, noch besteht in der Fraktion bei einem Teil der Genossen die Auffassung, daß die Regierung auch weiterhin keine andre Politik verfolgen könne als die bisherige. In Wirklichkeit hat die ausgedehnte Debatte über die außenpolitische Lage innerhalb der Fraktion am Donnerstagabend gezeigt, daß

die Fraktion vom ersten bis letzten Mann einmütig im Interesse des Volkes den psychologischen Augenblick für gekommen hält, um der Reichsregierung die Pflicht, die Initiative zu ergreifen, aufzuerlegen,

ohne zuvor auch im geringsten die passive Abwehr aufzugeben. Ebensowenig erkannte die Mehrheit der Fraktion an, daß die bisher unternommene Politik, die schon seit Wochen von verschiedenen Seiten als zu wenig aktiv bezeichnet wurde, die einzig mögliche und die einzig richtige sei. In diesem Sinne werden auch die von der Fraktion zur Debatte und den auswärtigen Etat als Redner bestimmten Genossen Fern, Müller und Breitscheid sprechen.

## Kampfschlossenheit bis zu Verhandlungen

Berlin, 12. April. (W. T. N.) Zu Beginn dieser Woche fand eine Tagung der führenden Arbeiter und Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige und politischen Richtungen des alldeutschen und des Einheitsgebietes statt, die im Anschluß an die Erlebigung grundlegender Wirtschaftsforderungen einstimmig in einer Entschließung ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck brachte, den passiven Abwehrkampf fortzuführen. Mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jeden aktiven Kampf vorzuziehen und jede Möglichkeit zu Verhandlungen als Gleichberechtigte erfährt zu sehen wünschten, lehnten sie die Entgegennahme eines Ultimatums ab. Nach sie wollten, daß der Ausgangspunkt jeder Verhandlung die Sicherung der völligen Räumung der Einheitsgebiete sein müsse.

## Berelendung

### Die Minderung der deutschen Lebenshaltung

Eine unmittelbare Folge des Krieges und des Verfallens Diktats ist die erhebliche Senkung der deutschen Lebenshaltung unter die der Vorkriegszeit. Ein jeder spürt am eigenen Leibe, wie die hochwertigen Lebensmittel zu Luxuswaren geworden sind, die die Arbeiterschaft und die noch mehr herabgerückten Kleinrentner sich meist nicht mehr leisten können. In den statistischen Berechnungen des Verbrauchs wichtiger Nahrungsmittel kommt diese Tatsache noch stärker zum Ausdruck. Vor dem Kriege wurden pro Kopf der Bevölkerung 2,49 Kilogramm Eier eingeführt. 1922 hatten wir einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 0,8 Kilogramm auf 0,01 Kilogramm, also den 80. Teil, gesunken. Die Einfuhr von lebendem Vieh ist auf weniger als ein Fünftel zurückgegangen. Kaufunfähig infolge des Niederganges der Mark, war das deutsche Volk außerstande, seine Fleischversorgung durch Zufuhren aus dem Ausland zu ergänzen.

Dem entspricht auch die Fleischversorgung, wenn man sie nach dem Schlachtgewicht der beschlagnahmten Schlachtungen vor und nach dem Kriege berechnet. Es kamen da im Bereich der neuen Reichsgrenzen folgende Fleischmengen in den Verbrauch:

|                 | 1913          | 1921          | 1922          |
|-----------------|---------------|---------------|---------------|
| Rindfleisch     | 8 045 930 dz  | 6 136 608 dz  | 6 898 610 dz  |
| Schafffleisch   | 1 481 014     | 1 212 267     | 1 251 488     |
| Schweinefleisch | 13 919 211    | 5 684 532     | 5 740 890     |
| Gammelfleisch   | 432 716       | 460 319       | 899 269       |
| Zusammen        | 23 878 871 dz | 13 473 726 dz | 18 789 607 dz |

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 064 Doppelzentner oder 42 v. H. der Fleischmengen, die in der Vorkriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtfleischverbrauch aus Einfuhrüberschuß, beschlagnahmten und andern Schlachtungen betrug in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921 nur noch 33,1 Kilogramm gegen

49,0 Kilogramm im Jahre 1913 und weist damit eine Abnahme um 15,9 Kilogramm oder 32,5 v. H. auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Fleischverbrauchs auf dem Lande gegen die Zeit vor dem Kriege wesentlich gestiegen ist. In den Städten mit überwiegend Arbeiterbevölkerung dürfte demnach der Fleischverbrauch auf weniger als die Hälfte gesunken sein.

Auch der Verbrauch an Mehl ist wesentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege fanden an Weizengetreide 10,3 Millionen Tonnen Roggen und etwa 6,5 Millionen Tonnen Weizen und Spels zur Verfügung. Im Jahre 1921 aber waren nur 6,3 Millionen Tonnen Roggen und 4,8 Millionen Tonnen Weizen und Spels nach den statistischen Ermittlungen verfügbar. Das deutsche Volk verbrauchte also 27 v. H. über ein Viertel weniger als in 1913/14, des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes. Noch ungünstiger ist das Bild bei Kartoffeln, deren Verbrauch von 1913 auf 1921/22 sogar um 51 v. H. zurückgegangen ist. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1922 eine wesentlich bessere Ernte gebracht hat, daß aber auf der anderen Seite infolge der zurückgehenden Einfuhr von Futtermitteln der Verbrauch von Kartoffeln für die tierische Ernährung, der der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teil verloren geht, erheblich zugenommen hat.

Die Folge dieser Verarmung ist, daß das deutsche Volk selbst einfache Genussmittel kaum noch kaufen kann. So ist der Verbrauch an Kaffee, an Bier und ähnlichen Genussmitteln ganz erheblich gesunken.

Und gerade jetzt öffnet man die Bahn dem freien Wettbewerb, so daß sich die Möglichkeit ausreichender Ernährung noch weiter vermindert. So treibt die kapitalistische Wirtschaft immer deutlicher und härter zur Berelendung der Masse des schaffenden Volkes. Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft in einem einzigen Willen zur Durchsetzung des Sozialismus einigt!

## Nichts gelernt und nichts vergessen!

Wie schon die Auslassungen der bürgerlichen Presse zeigten, hat die Regierungserklärung des Genossen Zeigner den bürgerlichen Leuten arge Verlegenheiten bereitet. Sie hofften frisch und fröhlich, auf die sozialistische schiffliche Regierung loszuschlagen zu können, aber nun kam Zeigners Rede und das machte ihnen einen tiefen Strich durch die Rechnung, weil Genosse Zeigner sich so entschieden auf den Boden der Verfassung stellte und deutlich nachwies, daß die Sozialdemokratische Partei den Kommunisten nicht zugehörig habe, was nicht mit der Verfassung und ihren eigenen Grundgesetzen vereinbar gewesen wäre. Deswegen wandten und breiteten sich gestern die Bürgerlichen nach allen Regeln der Kunst, um aus Weiß Schwarz zu machen, um zu beweisen, was unmöglich bewiesen werden konnte. Genosse Wirth unterließ sich zunächst einmal in wirkungsvoller Weise das Regierungsprogramm Zeigners. Er zeigte insbesondere, welche elender Heuchelei sich die Rechtsparteien schuldig machen, wenn sie sich jetzt über die Selbstschuttsorganisationen ereifern.

Dann betrat der Deutschnationaler Ventler den Kampfplatz. Im Schwabe seines Angeichts suchte er zu beweisen, daß eine gemeinsame Arbeit der S. P. D. mit den Kommunisten nicht möglich sei. Herr Ventler soll sich doch den Kopf der Sozialdemokratie nicht zerbrechen. Selbstverständlich wünscht Herr Ventler, daß die Lage der schifflichen sozialistischen Regierung recht bald geäußert sein möge, und er las den übrigen bürgerlichen Varieten sehr entscheidenden Text, weil sie glaubten, daß in Sachen ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne. Damit würde die Sozialdemokratie nur gestärkt. Daß Herr Ventler an der Rede Zeigners so ziemlich alles auszuweichen hatte, bedarf kaum der Erwähnung. Es gefällt ihm selbstverständlich nicht, daß Zeigner das Ziel des Abwehrkampfes im Ruhrrevier darin sieht, die Verhandlungsbereitschaft Frankreichs zu erreichen, und er stellte die durch nichts bewiesene Behauptung auf, daß Zeigner der Cuno-Regierung in den Rücken gefallen sei. Schließlich leistete er sich noch die bei seinen Gesinnungsgenossen so beliebte Redensart, daß die böse Republik am Niedergang der öffentlichen Moral schuld sei, eine Lüge, die deshalb nicht wahrer wird, weil man sie uns immer wieder vorlaut. Herr Ventler scheint gar nichts davon zu wissen, wie lächel es mit der öffentlichen Moral in jener Zeit gesteht war, als die Sonne Wilhelms II. noch über Deutschland leuchtete und wir uns noch im Stahlbad des Weltkrieges befanden. Er hat wohl nie etwas davon gehört, wie tüchtig und fröhlich schon während des Weltkrieges geschoben und gemuchelt worden ist.

Während Herr Ventler den starken Mann zu spielen suchte, versuchten es die Redner der anderen bürgerlichen Parteien mehr mit gutem Juredeu. Dr. Kaiser von der Deutschen Volkspartei jammerte Stein und Bein darüber, daß die Sozialdemokratie so weit von den bürgerlichen Parteien abgerückt und sich dem Gedanken der Herrschaft des Proletariats und des Klassenkampfes „unterworfen“ habe. Die Leute aus den Mittelparteien werden Welen und Aufgabe der Sozialdemokratie nie ganz begreifen. Man braucht der Welt wirklich nicht als neue Weisheit aufzutischen, daß die Sozialdemokratische Ziele und Herrschaft des Proletariats erstrebt. Das hat sie nie bestritten. Im übrigen war noch bemerkenswert, daß Herr Kaiser im Gegenlatz zu Herrn Ventler in Sachsin nicht ohne Sozialdemokratie regieren will. Er glaubt, daß dieses Experiment auf die Dauer nicht gut gehen würde, und er will lieber die Regierungsgeschäfte zusammen mit der Sozialdemokratie führen. Dr. Kaiser dürfte sich darüber klar sein, wie wenig Aussicht auf die Erfüllung seines Wunsches besteht. Die sozialistische Arbeiterkraft verspürt keine Neigung zu einem Zusammenregieren mit Herrn Kaiser und seinen Leuten.

Der Kommunist Böttcher beschäftigte sich weit mehr als notwendig war mit der Ruhrfrage, sicherte aber schließlich der Regierung die Unterstützung der Kommunisten zu, wenn sie die Entwicklung weiter zu treiben suche. Wenn er behauptete, Dr. Zeigner habe sich „der Kontrolle der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments unterstellt“, so weiß er hoffentlich, daß die Sozialdemokratie solche Auffassungen für falsch hält und solche Forderungen ablehnt.

Und nun zu den Demokraten. Auf ihre Erklärung durfte man besonders gespannt sein, denn sie haben ja die Regierung Bud-Lipinski stürzen helfen und in ihren Reihen waren die Meinungen darüber, ob das Ding und vom demokratischen Standpunkte aus zu verantworten war, durchaus geteilt. Was jedoch Herr Dr. Zentfert gestern vorbrachte, müßte in den Reihen der Demokraten lauten Widerpruch werden — sofern dort noch irgendwelche energische Vertreter einer ehrlichen Demokratie etwas zu sagen haben. Der Redner der Demokraten wagte zwar nicht zu behaupten, daß die Programmklärung Zeigners etwas Verfassungswidriges enthalte, dafür jedoch stellte er die lächerliche Behauptung auf, daß Arbeiterwehren, Kontrollausschüsse und Arbeiterkammern sich zu verfassungswidrigen Organen entwickeln müßten. Gut gebrüllt! Der Ministerpräsident hat nicht nur begründet, warum die proletarischen Ordnungorganisationen als Notwehr gegen die faschistischen Drohungen entstehen müßten, sondern er hat gleichzeitig erklärt, daß eine Entwicklung dieses Selbstschutzes über die ihm geeigneten verfassungsmäßigen Grenzen hinaus weder zu befürchten sei noch gebildet werden könnte. In demokratischen Blättern von anständiger Haltung, in der Frankfurter Zeitung, im Berliner Tageblatt, in der Vossischen Zeitung, werden die faschistischen Gefahren hin und wieder scharf beleuchtet, bis Reichs-